

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 11. April 1960

Blatt 623

## Die städtischen Spitäler und die Krankenkassen =====

11. April (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 10. April, über die städtischen Spitäler und die Krankenkassen.

Der Bürgermeister führte aus: "Am vergangenen Mittwoch hat der österreichische Nationalrat die gesetzlichen Voraussetzungen für eine finanzielle Reorganisation der Krankenkassen geschaffen. Schon seit Jahren sind die Krankenkassen in großen Finanzschwierigkeiten, sodaß schon bei normalen Verhältnissen die Erfüllung ihrer Leistungen mit Verlegenheiten verbunden war. Wenn dann noch eine Grippeepidemie dazukam, die sowohl die Auslagen für die ärztliche Behandlung als auch für das Krankengeld in unabsehbarem Umfang steigerten, dann waren immer besondere Kunststücke und Improvisationen notwendig, um einen Zusammenbruch zu verhindern. In den letzten Wochen ist die Lage der Krankenkassen noch schwieriger geworden. Verschiedene Gruppen, die ihre Forderungen an die Krankenkassen immer wieder zurückstellten, um ihre Lage nicht noch mehr zu verschlechtern, drängten darauf, daß ihre Wünsche endlich erfüllt werden. Es waren dies die Forderungen der Ärzte und Zahnärzte, der Hebammen und des Roten Kreuzes, der Orthopädiemechaniker und Bandagisten und nicht zuletzt die Forderungen der Spitäler, die für die Krankenkassenpatienten höhere Gebühren verlangten.

Die Gesetze, die der Nationalrat am vergangenen Mittwoch beschlossen hat, machen den Weg für eine günstigere Entwicklung der Krankenkassen frei, wenngleich damit nicht alle Schwierigkeiten endgültig beseitigt sind. Da die offenen Probleme zwischen

./.



den Krankenkassen und den Gemeinden von besonderem Interesse sind, will ich meine heutige Sendung dazu benutzen, um Sie über die Zusammenhänge zu informieren.

Am 22. März hat die Wiener Landesregierung den Beschluß gefaßt, den Krankenhausvertrag, den sie seinerzeit mit den Krankenkassen abgeschlossen hatte, zu kündigen. Dieser Vertrag regelt die Höhe der Pflegegebühren, die die Krankenkassen für ihre spitalsbedürftigen Mitglieder an die städtischen Krankenhäuser zu bezahlen haben. Die Kündigung des Vertrages vor zirka drei Wochen fiel gerade in die Zeit, in der die öffentliche Diskussion um die Sanierung der Krankenkassen auf dem Höhepunkt war. Dieses Zusammentreffen könnte den Eindruck hervorrufen, als ob die Wiener Landesregierung die Verhandlungen über die Krankenkassensanierung unnützerweise erschweren und komplizieren wollte. Das ist ganz gewiß nicht der Fall!

Wie segensreich die Krankenkasse ist, empfindet man erst, wenn man sie braucht. Man soll sich ja nicht verleiten lassen, die Krankenversicherung als eine unnötige Einrichtung zu bezeichnen oder gar die Beiträge zur Krankenkasse als eine überflüssige Ausgabe anzusehen. Allzu plötzlich kann der Fall eintreten, daß man den Arzt oder das Spital braucht und dann merkt man, daß die Krankenkasse ein sehr willkommener Schutz und Rückhalt für den Erkrankten und seine Familie ist. Es dürfte zu wenig bekannt sein, wie umfangreich die Krankenversicherung ist. Tatsächlich sind fast alle Wiener in irgendeiner Form krankenversichert. Das Statistische Jahrbuch 1958 verzeichnet 1,207.000 Direktversicherte. Sie gehören der Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte an, dann der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien, der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, der Krankenversicherung der Eisenbahnen und den Meisterkrankenkassen. Zu der vorher genannten Zahl kommen aber noch die mitversicherten Familienangehörigen, also die Frauen und Kinder der direktversicherten Mitglieder. Man kann daher ruhig sagen, daß von der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen das Wohl und Wehe aller Wiener abhängt. Diese Tatsache müssen wir uns vor Augen halten, gleichgültig von welchem Standpunkt wir an die Probleme der Krankenkassen herangehen.



Wenn fast die gesamte Bevölkerung krankenversichert ist, muß sich das zwangsläufig auf die Spitäler auswirken. Daher die auffällige Tatsache, daß 85 Prozent aller Patienten in den städtischen Krankenanstalten und Spitälern Mitglieder der Krankenkassen sind! Es ist also von ausschlaggebender Bedeutung für die Finanzlage der Spitäler, in welchem Ausmaße die Krankenkassen für die Spitalskosten ihrer Mitglieder aufkommen. Die tatsächlichen Spitalskosten pro Kopf und Tag steigen von Jahr zu Jahr. In ihnen sind nicht nur die Kosten für die Verpflegung enthalten, sondern zum Beispiel auch die anteilmäßigen Beträge für das gesamte Personal, also für die Ärzte, Pflegerinnen und das Verwaltungspersonal, für das Küchen- und Hauspersonal, dann die Kosten für Wäsche und Inventar, für die Medikamente und Verbandstoffe, für die ärztlichen Instrumente und Behandlungsapparate, für Heizung und Beleuchtung.

Die letzte Vereinbarung zwischen Gemeinde Wien und den Krankenkassen wurde am 1. Oktober 1957 abgeschlossen. Seit dieser Zeit bezahlt die Krankenkasse für den Spitalsaufenthalt ihrer Mitglieder 56 Schilling pro Kopf und Tag. Das ist aber ein Vorzugstarif für die Krankenkasse, denn die tatsächlichen Spitalskosten betragen damals 130 Schilling. Die Differenz zwischen diesen beiden Beträgen, also 74 Schilling, wurde aus Gemeindemitteln getragen. Da aber die tatsächlichen Kosten ununterbrochen steigen, hat die Gemeinde bereits mit 1. Juli 1958 eine Erhöhung der Vorzugsgebühren der Krankenkasse auf 72 Schilling beantragt. Die Krankenkassen haben damals der Gemeinde mitgeteilt, daß sie auf Grund ihrer schlechten Finanzlage nicht imstande seien, diese Erhöhung anzunehmen. Mit Berufung auf die bevorstehenden Sanierungsmaßnahmen ersuchten sie die Gemeinde um Zurückstellung ihrer Forderungen. In Anerkennung dieser Situation hat die Gemeinde Wien den Krankenkassen vollstes Verständnis entgegengebracht und ihrer Bitte bis jetzt Rechnung getragen. In der Zwischenzeit sind aber die täglichen Spitalskosten weiterhin gestiegen. Für dieses Jahr rechnet man - ohne Berücksichtigung der Investitionen - einen täglichen Kostensatz von 155 Schilling pro Patient. Da die Krankenkassen nur 56 Schilling bezahlen, hat das zur Folge, daß das tägliche Defizit von 99 Schilling pro Patient von der Gemeinde getragen werden muß.



Diesen Zustand kann die Gemeinde Wien - trotz Berücksichtigung aller Schwierigkeiten der Krankenkassen - nicht verantworten, und deshalb mußte sie die Krankenkassen zu Verhandlungen auffordern, um höhere Spitalsgebühren zu vereinbaren.

Ich bin mir darüber wohl im klaren, daß die Krankenkassen auch künftig nicht in der Lage sein werden, an die Gemeinde die vollen Verpflegskosten für ihre Mitglieder zu entrichten. Die Gemeinde wird also weiterhin einen Abgang zu bedecken haben. Aber auf jeden Fall muß ein erträgliches und vertretbares Verhältnis zwischen Spitalskosten und Krankenkassenleistungen erreicht werden. Wie die Entwicklung in den vergangenen Jahren war, möge Ihnen ein Vergleich sagen. Im Jahre 1954 haben die Krankenkassen 21 Prozent ihres Budgets für Spitalskosten ausgegeben. Obwohl seit diesem Jahr die Einnahmen der Krankenkassen ständig gestiegen sind, gingen ihre Ausgaben für die Spitalskosten anteilmäßig ununterbrochen zurück, und zwar im vergangenen Jahr schon bis auf 16 Prozent des gesamten Budgets. In fünf Jahren sind also die Ausgaben der Krankenkassen für die Spitalkosten anteilmäßig um fünf Prozent gesunken. Zum besseren Verständnis noch ein anderes Beispiel: im Jahre 1952 betragen die täglichen Spitalkosten 87.30 Schilling und die Krankenkassen zahlten für ihre Mitglieder 46 Schilling, das waren 52 Prozent der Spitalkosten. Der Rest von 48 Prozent wurde von der Gemeinde dazugeschossen. Dieses Prozentverhältnis hat sich ständig zuungunsten der Gemeinde Wien verschlechtert, die Spitalkosten sind wesentlich rascher gestiegen, während die Gebühren, die die Krankenkasse für ihre Mitglieder an die Spitäler zu bezahlen hatte, immer weiter zurückblieben. Diese Entwicklung wirkte sich bis heute so aus, daß jetzt die täglichen Spitalkosten 155 Schilling betragen, während die Krankenkassen nur 56 Schilling oder 36 Prozent bezahlen, sodaß die Gemeinde jetzt schon 64 Prozent zuschießen muß. Den wirklichen Umfang dieser Gemeindeleistungen kann man aber erst ermessen, wenn man den Gesamtbetrag kennt. Seit 1952 hat die Gemeinde Wien mehr als eine Milliarde Schilling zugunsten der Krankenkassen aufgewendet, indem sie die Differenz zwischen den tatsächlichen Spitalkosten und den



Leistungen der Krankenkassen zugeschossen hat.

Sie sehen also, daß es nur dem besonderen Verständnis und Entgegenkommen der Gemeinde zu danken ist, daß die Krankenkassen ihre unleugbar vorhandenen Schwierigkeiten bis jetzt überhaupt überwinden konnten.

Als Obmann des Österreichischen Städtebundes ist mir sehr genau bekannt, daß die Probleme, die ich Ihnen jetzt von Wien erzählt habe, auch in allen anderen 40 österreichischen Gemeinden vorhanden sind, die Spitäler zu erhalten haben. Wahrscheinlich erinnern Sie sich an die Hilferufe, die von den anderen Städten ausgestoßen werden, weil ihnen die Spitäler fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Zum Beispiel hatten die Gemeindespitäler in Linz im vergangenen Jahre einen Abgang von mehr als zwanzig-einhalb Millionen Schilling, die wesentlich kleineren Gemeinden, St. Pölten fast sechseinhalb Millionen Schilling, Wiener Neustadt mehr als fünfeinhalb Millionen und Neunkirchen zweieinhalb Millionen Schilling Abgang. Wohl wird ein Teil dieser Abgänge durch einen Bundeszuschuß ersetzt. Aber trotzdem sind die Verpflichtungen, die den Städten durch ihre Spitäler auferlegt werden, außerordentlich schwer.

Ich weiß, daß mein heutiger Bericht nicht leicht zu verstehen ist, weil die Zusammenhänge ziemlich kompliziert sind. Ich konnte leider auch nicht vermeiden, einige Zahlen zu nennen, weil sie manches leichter erklärbar machen, als noch so viele Worte. Ich will noch einmal betonen, daß die Gemeinde den Vertrag mit den Krankenkassen nicht deshalb kündigte, um Schwierigkeiten zu bereiten, sondern nur zur Sicherung ihrer Interessen. Selbstverständlich wird sie sich ihren Verpflichtungen, die sie für die Gesundheit der Bevölkerung zu tragen hat, nicht entziehen. Aber sie muß auch dafür sorgen, daß sie die anderen sehr vielseitigen Aufgaben im Interesse der Bevölkerung ebenfalls bewältigen kann.

Es liegt mir sehr daran, daß Sie auch ansonsten von den Aufgaben der Gemeinde Wien Kenntnis haben, die sie in den Spitälern zu erfüllen hat. Die Ausgaben werden heuer ohne Investitionen 620 Millionen Schilling betragen, aber die Einnahmen belaufen sich nur auf 286 Millionen, sodaß ein Defizit von 334 Millionen Schilling aus der Gemeindekasse gedeckt werden soll. Der größte



Teil dieses Defizits wird verursacht durch die vorhin besprochene Differenz zwischen den tatsächlichen täglichen Kosten und den von den Krankenkassen bezahlten Gebühren. Der daraus resultierende Fehlbetrag für 1960 kann mit mehr als 200 Millionen Schilling angenommen werden.

Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß noch eine andere Ursache für die Höhe dieses Defizits verantwortlich ist. 15 Prozent der Patienten in den Wiener Gemeindespitälern sind nämlich Nicht-Wiener. Von den Nicht-Wienern kann die Gemeinde jedoch keine höheren Beträge verlangen als von den Wiener Patienten. Die Differenz, die aus diesem Titel aus der Gemeindekasse zu bezahlen ist, wird für heuer auf 50 Millionen Schilling geschätzt. Leider gibt es keine gesetzliche Grundlage, nach der die Wiener Spitäler von der Wohngemeinde des Patienten einen Zuschuß verlangen können, weshalb die Gemeinde Wien allein das Defizit zu tragen hat. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Wiener Spitäler selbstverständlich auch Nicht-Wiener als Patienten aufnehmen. Die Wiener Spitäler sind eben mit ihrer besseren Ausstattung und mit ihren höheren Leistungen für manche Krankheiten besser geeignet als die Spitäler in anderen Städten und wir werden uns immer freuen, wenn wir möglichst vielen Kranken helfen können, gleichgültig von wo sie kommen. Aber man soll wenigstens überall die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung anerkennen, die für diese Patienten ebenfalls das Defizit aus dem Steuersäckel der Wiener bezahlt.

- - -

Sonderausstellung "Johann Strauß und das Theater an der Wien"

=====

11. April (RK) Wie das Mariahilfer Heimatmuseum mitteilt, ist bei der Eröffnungsausstellung "Johann Strauß und das Theater an der Wien" sowohl dem Datum als auch dem Ort nach eine Verschiebung eingetreten. Sie wird nunmehr im Saal des Hausgehilfenheimes, 6, Rahlgasse 2, eingerichtet und Mittwoch, den 27. April, um 17 Uhr, von Vizebürgermeister Mandl eröffnet werden.

- - -



Ab morgen, Dienstag:Schienenparkverbot zwischen 20 und 5 Uhr aufgehoben  
=====

11. April (RK) Das Landesgesetzblatt für Wien mit dem Ausgabedatum 11. April enthält die neue Verordnung der Wiener Landesregierung, betreffend "besondere Anordnungen über das Parken von Fahrzeugen auf Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen". Die Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft, sodaß also ab morgen, Dienstag, das Schienenparkverbot zwischen 20 Uhr und 5 Uhr nicht mehr gilt; allerdings nur bis 14. Dezember. Vom 15. Dezember bis 1. April ist das Schienenparkverbot wieder Tag und Nacht zu beachten.

In dem neuen Landesgesetzblatt ist auch das Verzeichnis jener Straßenteile aufgenommen, in denen das Parken erlaubt ist. Diese Zonen sind durch die blauen Parkerlaubnistafeln gekennzeichnet.

Ferner enthält das Landesgesetzblatt die Blindenbeihilfengesetznovelle, die vom Wiener Landtag am 26. Februar beschlossen wurde.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, den 12. April, um 10 Uhr, im Kindergarten der Stadt Wien im Stadtpark im Beisein von Stadtrat Maria Jacobi das traditionelle Ostereiersuchen stattfindet. Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

- - -



### 90. Geburtstag von Rudolf Kaftan

=====

11. April (RK) Am 13. April vollendet der Direktor des Wiener Uhrenmuseums Rudolf Kaftan das 90. Lebensjahr.

In Haslach, Oberösterreich, geboren, studierte er Mathematik und Physik und wurde Mittelschullehrer. Seine Konstruktion einer Uhr zum Signalisieren der Unterrichtspausen wurde patentiert und an mehreren Anstalten eingeführt. Schon als Knabe zeigte er für die verschiedensten Uhrmechanismen größtes Interesse und er begann diese zu sammeln, wo sich Gelegenheit dazu bot. 1917 besaß er bereits eine Sammlung, die fast alle noch erreichbaren Systeme der Räderuhr umfaßte. Er bot diese der Stadt Wien an und wurde so der Begründer des Uhrenmuseums, das er seither leitet und liebevoll ausbaut. Auch der Verein der Freunde des Uhrenmuseums verdankte seiner Initiative die Entstehung. Direktor Kaftan wurde zu seinem 85. Geburtstag die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien verliehen.

- - -

### 80. Geburtstag von Ludwig Ficker

=====

11. April (RK) Am 13. April vollendet der Schriftsteller Ludwig Ficker das 80. Lebensjahr.

In München geboren, begann er 1910 mit der Herausgabe der Zeitschrift "Der Brenner", die auf das gesamte geistige Leben Österreichs und darüber hinaus Einfluß gewann. Obwohl er selbst selten das Wort ergriff, bildete seine Persönlichkeit den Mittelpunkt des "Brenner-Kreises", zu dessen hervorragendsten Mitarbeitern Theodor Häcker, Ferdinand Ebner, Carl Dallago; Paula Schlier, Theodor Däubler, Ludwig Erik Tesar, Else Lasker-Schüler, August Zechmeister und Ignaz Zangerle gehörten. Seine geistige Welt ist ein verinnerlichter Katholizismus, der von Kierkegaard bis Kardinal Newman reicht. Mit Karl Kraus verbindet ihn die hohe Auffassung von der Bedeutung der Form und ein untrügliches Sprachgefühl. Unvergessen bleibt sein Eintreten für den Salzburger Dichter Georg Trakl, der durch ihn vor dem Vergessenwerden bewahrt wurde. Ludwig Ficker hat den "Brenner" im Jahre 1954 mit dem 18. Band abgeschlossen und damit offiziell von der Öffentlichkeit Abschied genommen. Er lebt aber weiterhin als Freischaffender in Mühlau. 1959 wurde ihm der staatliche Literaturpreis verliehen.

- - -



Wien ehrt Maria Eis  
=====

11. April 1960 (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung beschloß, einer Verkehrsfläche, welche die Erdbergstraße mit der Rasumofskygasse verbindet, zum Gedenken an die vor sechs Jahren verstorbene Burgschauspielerin Maria Eis, die Bezeichnung "Maria Eis-Gasse" zu geben. In Erinnerung an den vor kurzem in der Schweiz verstorbenen österreichischen Philosophen und Schriftsteller Kassner erhielt der Spring-siedelweg im 19. Bezirk die Bezeichnung "Rudolf Kassner-Gasse".

- - -

Rinderhauptmarkt vom 11. April  
=====

11. April (RK) Unverkauft von der Vorwoche 2 Ochsen, 8 Stiere, 12 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 27. Neuzufuhren Inland: 59 Ochsen, 195 Stiere, 435 Kühe, 104 Kalbinnen, Summe 793. Gesamtauftrieb 61 Ochsen, 203 Stiere, 447 Kühe, 109 Kalbinnen, Summe 820. Verkauft wurden 59 Ochsen, 203 Stiere, 441 Kühe, 109 Kalbinnen, Summe 812. Unverkauft blieben: 2 Ochsen, 6 Kühe, Summe 8.

Preise: Ochsen 10.50 bis 12.80 S, extrem 13 bis 13.10 S, Stiere 10.50 bis 12.80 S, extrem 13 bis 13.30 S, Kühe 7 bis 10.50 S extrem 10.60 bis 11.50 S; Kalbinnen 10 bis 12.40 S, extrem 12.50 bis 12.80 S. Beinlvieh Kühe 6 bis 7.80, Ochsen und Kalbinnen 7.50 bis 10 S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder erhöhte sich bei Ochsen um 43 Groschen, bei Stieren um 15 Groschen, bei Kühen um 10 Groschen und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 7 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt: Ochsen 11.80 S, Stiere 11.90 S, Kühe 9.02 S, Kalbinnen 11.48, Beinlvieh erhöhte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

- - -



Ein Osterei für die kunstsinnigen Wiener  
=====

Stadtverwaltung kauft das Theater an der Wien

11. April (RK) Nach mehrmonatigen Verhandlungen ist es heute zwischen der Wiener Stadtverwaltung und den Inhabern des Theaters an der Wien, der Familie Marischka, zu einer Einigung über den Verkauf dieses Theaters gekommen. Die Verhandlungen seitens der Gemeinde wurden im Auftrag des Bürgermeisters von den beiden Vizebürgermeistern Slavik und Mandl geführt.

Nunmehr besteht die Möglichkeit, das Theater an der Wien entsprechend um- und auszugestalten, wobei beabsichtigt ist, auf die Geschichte des Theaters Rücksicht zu nehmen und die Erinnerung an alle Persönlichkeiten, die mit dem Theater verbunden waren, für die kommenden Generationen zu bewahren.

Bekanntlich beabsichtigt die Stadtverwaltung das Gebäude in erster Linie als Festspielhaus zu führen und in den Sommermonaten zur Ergänzung der Wiener Festwochen im Theater an der Wien Auf-  
führungen zu veranstalten. Es soll auch für Gastspiele verwendet werden und vornehmlich dem Theater der Jugend zur Verfügung stehen.

Da alle diese Pläne der Gemeinde Wien im Sinne des kürzlich verstorbenen Hubert Marischka sind, war die Familie bei den Verhandlungen von dessen Absicht erfüllt, das Theater der Wiener Bevölkerung zu erhalten. Sie hat daher auch mehrere andere Angebote, die preislich günstiger waren, abgelehnt.

- - -